



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 30. Juni 1879.

Nr. 298

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, als den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, die Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der zweimal täglich erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postämtern vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige. Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 28. Juni. Der diebende Aufbruch des deutschen Handelstages hatte bekanntlich eine Enquete über den Einfluß der Gefängnisarbeit auf den freien Gewerbebetrieb veranlaßt und zu diesem Zwecke die sämtlichen ihm angehörenden Handelskammern zu gutachtlichen Versammlungen veranlaßt, welche im September vorigen Jahres durch eine Kommission von Sachverständigen einer Berathung unterzogen sind. Die preussische Staatsregierung ist dem Unternehmense auf das bereitwilligste entgegengekommen und es waren deshalb die sämtlichen Straf- und Verwaltungsangelegenheiten, den Handelskammern die gewünschte Auskunft über die Organisation der Arbeit in den Anstalten, über die Höhe der Löhne, über die Tagesleistungen der Sträflinge u. s. w. zu erteilen. In einer Anlage zur preussischen Strafanstalts-Statistik veröffentlicht nun der Geh. Oberregierungsrat Herr v. Schöner, die Ergebnisse der Enquete, nach denen der Arbeitsbetrieb in den preussischen Strafanstalten eingerichtet ist, und läßt dann eine Besprechung der Kommissionsbeschlüsse und ihrer Motive folgen, woraus sich eine bemerkenswerthe Schlussfolgerung ergibt, die Folgen dieses zu entnehmen sein dürfte. Die Staatsregierung wird das reiche Material der Verhandlungen gewiß gern verwerten, um den Missethätigen, welche sich bei dem Arbeitsbetriebe in den Strafanstalten einschleichen könnten, mit verdorbener Sorgsamkeit entgegenzuwirken. Die Klagen über die Gefängnisarbeit werden damit allerdings nicht beseitigt werden, denn die Konkurrenz ist bestehen, wie man auch die Arbeit organisiren mag. Daß die Gefängnisarbeit den freien Arbeiter einen Theil ihres Verdienstes entzieht, läßt sich nicht verkennen, aber auch nicht verneinen: die Strafanstaltsverwaltung hat vor Allem die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Freiheitsstrafen in einer dem Strafwort entsprechenden Weise vollstreckt werden, und daß gehört eine produktive Beschäftigung, — die Gefangenen haben ein Recht auf Arbeit, ohne Arbeit würden sie körperlich und geistig verkümmern. Auch das Interesse der Steuerzahler darf nicht außer Betracht bleiben, — es ist ein gerechtes Verlangen, daß die Sträflinge wenigstens einen Theil der Millionen, welche ihre Detention kostet, durch produktive Arbeit wieder einbringen. Bei der gedachten Enquete hat „ein großer Theil der Handelskammern erklärt“ (wie in dem Bericht der Kommission heißt), „daß ein nachtheiliger Einfluß der Gefängnisarbeit auf den freien Gewerbebetrieb sich nicht geltend mache. Jedenfalls sei auch die Zahl der Gefangenen im Verhältnis zu den freien Gewerbetreibenden viel zu gering, um den Betrieb der letzteren zu beeinträchtigen.“ Es entspricht diese Erklärung dem Gutachten der Kommission des Abgeordnetenhauses (Sitzung vom 2. Oktober 1868),

„daß ein Grund zu allgemeinen Klagen nicht vorhanden sei.“ Die preussische Landesvertretung hat sich seiner Zeit mit dem gegenwärtig in den Strafanstalten bestehenden Arbeitssystem ausdrücklich einverstanden erklärt und der Reichstag hat „die allgemeine Einführung der für die preussischen Gefangnisse vorgeschriebenen Grundsätze empfohlen.“ Aus den Verhandlungen der Enquetekommission kann ein Anlaß zur Aenderung des bisherigen Systems nicht entnommen werden und die Staatsregierung wird deshalb Bedenken tragen müssen, eine Organisation aufzugeben, die sich bisher im Großen und Ganzen bewährt hat. — Angehängt ist eine sehr interessante und lehrreiche Nachweisung des Betriebs von Arbeiten für Dritte in den zum Ressort des Ministeriums des Innern gehörenden Straf- und Gefangenenanstalten am 31. Dezember 1877.

Berlin, 28. Juni. Ueber die Parteistellung der Mitglieder der General-Synode giebt die „N. V. Z.“ folgende Uebersicht:

Ueber die Parteistellung der gewählten Mitglieder der General-Synode geben wir unsere in vorigen Jahre nach den Wahlen gegebene Uebersicht hier wieder: 1) Ost- und Westpreußen 2 Konfessionelle, 3 Positiv-Uniten, 10 Mittelpartei, 9 Linke. 2) Posen 5 Konfessionelle, 4 Positiv-Uniten. 3) Pommern 13 Konfessionelle, 5 Positiv-Uniten. 4) Brandenburg 12 Konfessionelle, 10 Positiv-Uniten, 5 Mittelpartei. 5) Sachsen 5 Konfessionelle, 11 Positiv-Uniten, 8 Mittelpartei. 6) Schlesien 14 Konfessionelle, 3 Positiv-Uniten, 4 Mittelpartei. 7) Westfalen 5 Konfessionelle, 6 Positiv-Uniten, 1 Mittelpartei. 8) Rheinprovinz 15 Mittelpartei. Zusammen 56 Konfessionelle, 42 Positiv-Uniten, 43 Mittelpartei, 9 Linke, was 108 wählbare Mitglieder.

Von den 6 theologischen Fakultäten geht eine (Dr. Büchel) der konfessionellen Richtung an, vier (die beiden sächsischen, sowie die von Schlesien, Westfalen) sind der positiven Unionspartei zuzurechnen, drei (Dr. Brüdner, Dr. Jacopis und Dr. Neben) gehörten auf der außerordentlichen General-Synode zur Mittelpartei oder stimmten doch stets mit ihr. (Drei Generalsuperintendenten sind unserer Wissens vakan.)

Ueber die Parteistellung der 30 landesherrlich ernannten Mitglieder der General-Synode gehen die Ansichten noch auseinander. Der „Reichsbote“ schreibt: Es gehören von den 30 Ernannten etwa 13 der Mittelpartei, 10 der positiven Union, 3 der Konfessionellen an, und von 4 ist die Parteistellung noch ungewiß. Die „Voss. Ztg.“ will „günstig gerechnet“, das heißt, wenn man das Maximum der zur Mittelpartei Gehörigen annimmt, 10 der Mittelpartei zuzählen. Nach Ansicht der „Kreuzztg.“ würden 4 zu den Konfessionellen, 17 zu den Mitgliedern der positiven Union, 9 zu denen der Mittelpartei zählen müssen.

Von den 6 theologischen Fakultäten ist zu erwarten, daß 3 Mitglieder der positiven Unionspartei die 3 anderen Männer der Mittelpartei deputiren. Rechnen wir von den 30 vom Könige ernannten Mitgliedern 4 der konfessionellen, 17 der positiven Unions- und 4 der Mittelpartei zu, so dürfte die das Stimmverhältnis auf der General-Synode ungefähr folgendermaßen gestalten: 1) Gewählte: 5 Konfess., 42 Pos.-Un., 43 Mittelp., 9 Linke. 2) Generalsuperintendenten: 1 Konf., 4 Pos.-Un., 3 Mittelp. 3) Ev. Fakultäten: 3 Pos.-Un., 3 Mittelp. 4) Ernante: 4 Konf., 17 Pos.-Un., 9 Mittelp. Zusammen 61 Konf., 66 Pos.-Un., 58 Mittelp., 9 Linke.

Berlin, 29. Juni. Das allerdings nicht sehr zuverlässige „Deutsche Montagsblatt“ will von unrichtiger Seite Folgendes über die gegenwärtige politische Situation erfahren haben:

Finanzminister Hübner hat seine Entlassung beim Kaiser eingereicht, darüber jedoch, ob dieselbe ihm gewährt worden, war in parlamentarischen Kreisen heute noch nichts bekannt. Sowohl der Finanzminister, als alle übrigen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums erhielten erst Kenntniß von dem Antrage Franckenstein, nachdem derselbe schon gedruckt vorlag, während die Vertreter der mittelsächsischen Regierung von befreundeten Abgeordneten über die Vorgänge hinter den Kulissen trefflich unterrichtet waren. Drei Tage lang lagen die Vorschläge des Centrums und des Abg. von Bennigsen im Kabinett des Kanzlers; dieser entschloß sich endlich, den Balk mit dem Centrum abzuschließen, als er von Bennigsen nicht erfahren

konnte, welche Gefolgschaft dieser innerhalb der nationalliberalen Fraktion hinter sich habe.

Daß Herr Hübner die Minister Falk und Friedenthal folgen dürften, gilt in parlamentarischen Kreisen für feststehend. Letztere beiden Minister haben in den jüngsten Tagen im Reichstage mehrfache vertrauliche Besprechungen gehabt. Windthorst und Genossen fordern geradezu für das Kompromiß als Opfer die Person des Kultusministers Falk.

Was den Tarif und den Antrag Franckenstein selbst angeht, so stehen die Sachen folgendermaßen:

Der Reichskanzler hat den Antrag acceptirt in der Voraussetzung, daß ihm die Schutz- und Finanzzölle mit der Tabaksteuer voll und ganz bewilligt werden. Man versichert, daß der Reichskanzler sich für weitere Stadien der Verhandlungen jene Entschlüsse vorbehalten und das letzte Wort noch nicht gesprochen habe. Es giebt bekanntlich außer der zweiten Lesung noch eine dritte Beratung, und das Spatium zwischen dieser ist schon oft zum Abschluß unvermutheter Kompromisse benutzt worden. Jetzt will das Centrum laut der Erklärung des Abg. Windthorst von der Bewilligung des Kaffe- und Petroleumzolls wenig wissen, während es in der Tabakfrage, über welche dasselbe heute in der Fraktion beräth, getheilte Meinung ist.

Nun bilden gerade diese drei Artikel den größten Theil der Einnahmen. Herr von Bennigsen, der seine Indignation über das zwischen den Konservativen und Liberalen abgeschlossene Kompromiß an jeder Stelle laut äußert, hat die bedeutende Erklärung abgegeben, daß er in dritter Lesung nicht für die Finanzzölle stimmen werde, im Fall der Annahme des Antrages Franckenstein durch das Plenum.

Herr von Bennigsen hat, wie wir erfahren, hinzugefügt, „daß, wenn er auch jetzt für Finanzzölle stimme, er doch dabei den Vorbehalt machen müsse, daß er nicht die Hand dazu bieten könne, solche Positionen, welche die Zustimmung des Centrums nicht finden würden, etwa mit den Konservativen durchzusetzen. Die nunmehrige Majorität sollte sich darauf einrichten, sich unter einander auch über alle Konsequenzen zu verständigen und nicht darauf rechnen, daß die Nationalliberalen etwaige Ausfälle ergänzen würden.“ Das Letztere bezieht sich eben auf den Kaffe- und Petroleumzoll.

Nun liegt die Sache so. Herr von Bennigsen und dessen Freunde bewilligen, abweichend von den Abg. Richter, Lasler, Bamberger und Genossen, bei der zweiten Lesung die Finanzzölle, in dem sie sich die Prüfung jeder Position im Einzelnen vorbehalten. Wird in der zweiten Lesung im Plenum der Antrag Franckenstein angenommen, dann stimmen auch Bennigsen und Genossen in dritter Beratung gegen die Finanzzölle, ob dann auch gegen den ganzen Tarif, steht noch dahin.

Herr von Bennigsen macht aber seinen oben erwähnten Vorbehalt, weil eine Möglichkeit vorliegt, daß das Centrum bei einigen Finanzzöllen und der Tabaksteuer noch abzwinkelt, und dann Herr von Bennigsen wieder als Hauptunterhändler neue Verhandlungen mit dem Kanzler auf der Basis seiner ersten Vorschläge würde aufnehmen können. Man hält in parlamentarischen Kreisen eine solche überraschende Wendung der Dinge für nicht ganz unmöglich. In einer an Ueberraschungen so reichen Zeit, wie der jetzigen, ist eben keine Eventualität ausgeschlossen.

Der Botschafter des deutschen Reiches in St. Petersburg, General-Lieutenant von Schweinitz, ist am Sonnabend spät Abends hier eingetroffen und hatte bereits am Sonntag Mittag eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler Fürsten Bischoff.

Musland.

Wien, 28. Juni. Wie man der „Neuen Freien Presse“ aus Moskau schreibt, haben die Offiziere der österreichischen Gendarmerie vor einiger Zeit in der Herzegovina die Einreihung von wehrfähigen jungen Männern aller Konfessionen in eine Lokalmiliz begonnen. Darüber herrsche unter der herzegowinischen Bevölkerung keine allzu große Beunruhigung. Insbesondere soll die mohamedanische Bevölkerung in Folge dieser Maßregel von einem panischen Schrecken ergriffen sein, der sich sowohl durch die Flucht der wehrfähigen Jünglinge nach Montenegro, als auch durch Auswanderungsgesuche zahlreicher Familien manifestirt. Wie man dem

Blatte berichtet, ruft jene Quasi-Recrutirung unter den Muhamedanern hauptsächlich darum Schrecken hervor, weil sie von den Behörden über die Bestimmung der künftigen Miliz nicht informiert wurden und sich einbilden, sie würden gegen ihre Glaubensweisen in den Kampf geführt werden. Die Volksstimmung, welche eben vorgenommen wird, hat ebenfalls lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Die Bevölger Bosniens und der Herzegovina, bemerkt schließlich das Blatt, sind eben an solche Neuerungen nicht gewöhnt, und Sache der Behörden wäre es, die Einwohner über den Zweck und die Bedeutung ähnlicher Maßregeln aufzuklären, um der Auswanderung, welche weder im Interesse Oesterreichs, noch der Porte, noch aber der Provinz gelegen ist, endlich ein Ziel zu setzen.

Die österreichische Fortschrittspartei hat eine empfindliche Niederlage erlitten, und zwar in Steiermark, in ihrer festeren Burg, dort, wo sie so zu sagen schon die Leitern anlegte, um den Himmel zu stürmen. Und die Hauptstadt der grünen Steiermark war es, dieselbe, in welcher jüngst erst die „Blätter des Fortschritts“ tagte und allen Nicht-Fortschrittlichen den Krieg bis auf's Messer erklärte, welche die radikalen Herren desavouirte. Dr. Rothbauer, Geheimrath, Präsident des Abgeordnetenhauses, wählten in Graz als Kandidat für die Wahlversammlung bejubelte förmlich den verdienstvollen Patrioten und nahm Schradl in welcher er entsetzt war, um ihm schließlich einstimmig die Kandidatur zu übertragen. Es wird auch dies als ein sehr dankenswerthiger Beweis dafür betrachtet, daß die Fortschrittler immer mehr an Terrain verlieren.

Paris, 27. Juni. (Der Bonapartismus.) Die bonapartistischen Blätter erzählen heute, „eine weiße Taube habe sich gestern während des Trauergottesdienstes auf St. Augustin gesetzt.“ Paul de Cassagnac baut auf diese Taube, die fliehe an den Adler von Boulogne erinnert, schon Häuser; er läßt sich im „Pays“ also vernehmen: „Die Legende ist Macht; es giebt aber keine bessere Legende, als die des Unglücks. Nicht Auferstehung führte zum zweiten Kaiserthum zurück, sondern St. Helena; und nicht Solferino wird das dritte Kaiserthum zurückführen, sondern Chiselhurst und das auf afrikanischer Erde vergessene und aus 18 in der Brust erhaltenen Wunden strömende Blut.“

Konstantinopel, 23 Juni. Die Ministerkrise ist noch immer nicht zu Ende. Letzten Freitag hat dieselbe sogar momentan einen besonders scharfen Charakter angenommen. Großvezier Rhereddin Pascha wurde der ewigen Ungewißheit seiner Lage und der Beständigkeit in den Weg gelegten Hindernisse endlich überdrüssig und faßte den Entschluß, vom Sultan die Absetzung seiner drei Kollegen, Osman Pascha, Said Pascha und Sawas Pascha zu verlangen. Diese drei Männer bilden im Verein mit dem ersten Sekretär des Sultans, Riza Bei, eine förmliche geheime Regierung, die jede Aktion des Großveziers paralyisirt. Man kann sagen, daß kein Beschluß des Ministerrathes ohne Zustimmung dieser Trias zur Ausführung gelangt. Gewisse Beschlüsse ruhen 3 Monate auf dem Tische des Sultans und kamen sodann, mit nichtigen oder lächerlichen Bemerkungen versehen, wieder zurück. Durch alles dies wird jedes Regieren unmöglich gemacht. Rhereddin wollte dieser Sachlage ein Ende machen. Am Sonntag herrschte die größte Ungewißheit über die Entscheidung des Sultans. Schon Freitag intervenirte der englische Botschafter Mr. Layard in sehr energischer Weise zu Gunsten des jetzigen Großveziers. Er soll dem Sultan erklärt haben, daß der Sturz Rhereddin Pascha's einen sehr üblen Eindruck auf die englische Regierung machen und die öffentliche Meinung in England der Türkei ganz entfremden würde; er könnte diese Nachricht der Königin nicht telegraphiren. Gestern begab sich auch der französische Botschafter Mr. Fourrier in geräuschloser Weise zu dem Sultan und stellte demselben vor, daß eine innere Krise den Russen als Vorwand dienen könnte, die Räumung Rumeliens und Bulgariens zu verzögern, und daß es notwendig sei, in dem Moment, wo so weittragende Fragen, wie die griechische und ägyptische, auf der Tagesordnung sind, die am Huber befindlichen Männer auf ihren Posten zu belassen. In Folge dieser Schritte soll es nun zwischen dem Sultan und dem Großvezier zu einem Kompromiß gekommen sein. Letzterer zieht sein für den Souverän allzu kränzendes Verlangen zurück

